

Das Verhältnis zu den Parteien CDU und CSU

Heinrich Oberreuter



Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft, Geschichte und Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er lehrte an der FU Berlin und der Universität Passau und hatte Gastprofessuren an mehreren in- und ausländischen Universitäten inne. Er war Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften an der TU Dresden sowie Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Seit 2012 verantwortet er die Neuauflage des *Staatslexikons* der Görres-Gesellschaft im Druck und online. Er ist u. a. Direktor des Journalisteninstituts der Mediengruppe Bayern, Mitherausgeber der *Zeitschrift für Politik* sowie Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse.

1. Institutionelle Sattelzeit

Zu Beginn der konstituierenden Sitzung der Fraktion erteilte Konrad Adenauer das Wort dem bayerischen Staatsrat Fritz Schäffer. Die für die CSU gewählten Abgeordneten, sagte dieser, hätten sich auf den Vorschlag an die CDU-Kollegen geeinigt, „daß sie als Mitglieder der vereinigten Fraktion CDU/CSU von Ihnen anerkannt werden und an dieser Beratung teilnehmen wollen, damit wir in der Lage sind, dem Büro des Bundestages mitzuteilen, daß die CDU/CSU mit 139 Mitgliedern die stärkste Fraktion ist.“ Zugleich bat Schäffer um die Zustimmung, „daß wir eine bayerische Landesgruppe in Ihrem Kreise bilden, wir aber als Mitglieder der Fraktion gelten sollen.“¹¹ Lebhafter Beifall bestätigte das bis heute existente Alleinstellungsmerkmal der Union als Fraktionsgemeinschaft im Bundestag.

Im Laufe der Geschichte ist der Beifall gelegentlich leiser geworden. Wenn, dann stets aus dem gleichen Grund, nämlich dem aus der parteiorganisatorischen Selbstständigkeit genährten Eigenwillen der spezifisch konturierten Fraktionsbayern. Dieser war aber keineswegs schrankenlos. Strauß wies zum Beispiel von Beginn an darauf hin, dass CSU-Minister dem Gemeinwohl verpflichtet seien und nicht den Interessen des Freistaats. Und er verbat sich Einmischungen aus München in die Willensbildung der Landesgruppe. Logisch, dass er das später als Ministerpräsident anders sah. Faktisch entwickelte sich dann ein kontinuierliches Verhältnis konkurrierender Kooperation. Dennoch besaß und besitzt dieser Eigenwille andere Durchsetzungskraft als jener von CDU-Landesgruppen – in ihren Diversitäten und in ihrer Einbindung in die übergreifend koordinierende Struktur der Gesamtpartei zugleich. Sie sind eben nicht Regionalpartei in der Fraktion. Und in der Regel gewinnt auch

keine von ihnen überproportional viele Wählerstimmen, die für alle gemeinsam eine Chance zur Regierungsführung eröffnen – also wem auch immer mitzuteilen, „daß wir die stärkste Fraktion sind.“ Doch sind sie alle als Vertreter ihrer Landesverbände Repräsentations- und Kommunikationsbrücken zur regionalen Parteibasis wie zur regionalen Wählerschaft. Über diese Brücken führen gesellschaftlicher Diskurs und Meinungsbildung in und mit den Parteien hin zum politischen Handeln der Fraktion im institutionellen Entscheidungsprozess.

Dieses Handeln definiert ihre Funktion wie ihre Verantwortung im parlamentarischen System. Ein Handeln, das in der Regierungsfähigkeit kulminiert und folglich an Problemlösungsfähigkeit und Kompromissbereitschaft jenseits enggeführter Meinungen und Interessen orientiert ist – also am Bewusstsein und, wenn nötig, am Vorrang weiterblickender oder Legitimität stiftender politischer Führung. An der Unfähigkeit dazu, an Verantwortungs-scheu, Klientelismus und Solidaritätsverweigerung gegenüber der eigenen Regierung war die Weimarer Republik gescheitert. In Bonn mussten Fraktion und Partei Selbstverständnis, Handlungsfähigkeit und Organisationsstrukturen sowie ein angemessenes Verständnis des parlamentarischen Regierungssystems erst finden.

Historisch und funktional originell ging 1949 – also vor 75 Jahren – die Konstituierung der Fraktion der Gründung der Bundespartei CDU ein Jahr später voraus. Die von den Ländern und ihren Landesgruppen bestimmte Fraktion hatte zunächst keine bundespolitische Basis. Sie zerfiel in handlungsunfähige, sich gelegentlich sogar in der Plenaröffentlichkeit streitende Heterogenität. Mangelnde Präsenz führte zu Abstimmungsniederlagen und warf die Frage auf, ob mitarbeiterscheu

Abgeordnete nicht lieber jemand anderem Platz machen sollten. Nicht nur ihr Vorsitzender Heinrich von Brentano, auch Bundeskanzler Konrad Adenauer drohten mit der Niederlegung ihrer Ämter, wenn dieses Versagen gute Regierungsarbeit unmöglich mache. Brentano beklagte gegenüber dem Kanzler eine „unklare, unentschlossene und uneinheitliche Haltung“ der Fraktion selbst in grundsätzlichen Fragen. Er sorgte sich, „daß sie keine gemeinsame Linie mehr verfolgt.“ Sie drohe in einzelne Gruppen zu zerfallen, die ihren besonderen Interessen nachgingen, ohne diese mit der Gesamtfraktion abzustimmen. Er bemängelte die Nichtexistenz einer umfassenden Parteiorganisation. Eine große Fraktion könne ihre Aufgaben nur erfüllen, „wenn hinter ihr eine starke und lebendige Partei steht, die in der Lage ist, die Grundsätze der Politik herauszuarbeiten und auch den Massen unserer Wähler und Freunde verständlich zu machen [...]“. Eine Fraktion ohne Partei lebt irgendwie im luftleeren Raum.⁴² Müßig zu erwähnen ist, dass die CSU, längst als Partei organisiert, diesen luftleeren Raum damals schon nicht kannte. Wichtig zu erwähnen ist dagegen, dass der von ihm selbst geschilderte Zustand beim Fraktionsvorsitzenden Überlegungen auslöste, nicht nur sein Amt, sondern auch sein Mandat niederzulegen. Offensichtlich hegte er Zweifel am Gelingen des Parlamentarismus.

Über das Verhältnis von Partei und Fraktion nachzudenken, erübrigte sich, solange keine angemessene Parteiorganisation existierte, die nicht nur ein „Hilfsorgan“ für die Kommunikation mit den Bürgern, sondern auch ein integratives und orientierungsstiftendes Organ kontinuierlicher politischer Zusammengehörigkeit und Willensbildung darstellt. 1950 wurde dieses Organ mit der Gründung der Bundespartei aus der Heterogenität nun

unter Adenauers Vorsitz zusammengeführt. Der Kanzler teilte grundsätzlich Brentanos Überlegungen. Aber diese liefen ja nicht auf einen Aufbau der Partei zur prinzipiellen Gegenmacht hinaus, an dem ihm, dem Kanzler, gewiss nicht gelegen war. Das konnte auch nicht geschehen, solange Kanzleramt und Parteivorsitz zusammen in einer Hand lagen. Überhaupt war es ein Segen für die Union, in dieser institutionellen Sattelzeit durch ihre relativ starke Position im Parteien-, Fraktionen- und Kommunikationsgefüge sich auf einen Kanzler, ein Kanzleramt und eine von dort ausgehende richtungsweisende Politik stützen zu können. Die hätte sie in ihrem eigenen komplexen Prozess der Gründung und Selbstfindung, aber auch unter den in Verantwortung getragenen Lasten dieser ungemein schweren Not- und Aufbauzeit kaum in ähnlicher Effizienz formulieren können.

Worum ging es eigentlich? Darum, in dieser Konstellation Strukturen kooperativer Partei-, Fraktions- und Regierungsverantwortung zu schaffen, und zwar so, dass die legitimierenden Mitgestaltungsansprüche von Partei und Fraktion ebenso gewährleistet blieben wie die gelegentlich über deren Interessen hinausgreifende Regierungsführung. Allein der verfassungsgemäße Amtsgedanke verpflichtet den Kanzler geradezu zu Freiräumen, vom Koalitionsalltag nicht zu reden. Partei, Fraktion, Kanzler und Kabinett bilden eine Konstellation unterschiedlicher Machtfaktoren, in der die Kunst der Kommunikation eine wesentliche Rolle spielt.

Gleichwohl aber änderte zunächst auch die neue Bundespartei wenig. Noch 1959 bezeichnete Konrad Adenauer sie ausgerechnet in einer Bundesvorstandssitzung als „ein Wesen, das in Wirklichkeit gar nicht existiert.“⁴³ Und Franz Meyers beklagte in

seinem internen Bericht über Führungs- und Organisationsprobleme einen Zustand der Diskussionslosigkeit, der die Partei und ihre Mitglieder mundtot mache: „Es gibt die Meinung der Partei gar nicht, weil es nicht einmal ein funktionsfähiges Gremium gibt, das eine solche Meinung bilden könnte.“⁴⁴ Also gab es im Kern auch nicht wirklich jene Kommunikationsbrücke, über die der Fraktion aus der Parteibasis institutionell Anregungen zum politischen Handeln zugeführt wurden. Dies blieb die individuelle Aufgabe der Abgeordneten. Zugleich war es eine Herausforderung der Resonanzfähigkeit auf die aktuelle gesellschaftliche Kommunikation. Zeitgeschichtler teilen aber mit, dass der Anschluss an deren Wandlungsprozesse verloren gegangen war. Eine Parteireform war später die Antwort darauf.

Vorherrschend blieb zunächst das Selbstverständnis einer Honoratiorenpartei, auch in den Gremien. Adenauer saß der Partei vor. Die Fraktion, obgleich er sie respektierte und kontroversen Diskursen mit Heinrich von Brentano und Heinrich Krone nicht aus dem Weg ging, besaß für ihn primär dienende Funktion – was die Fraktion im Wandel des Meinungsklimas zunehmend anders sah. Ludwig Erhard wiederum erhob sich ausgerechnet in einer Bundestagsrede zum Volkskanzler, grundsätzlich „über alle Parteiongen hinweg“⁴⁵ und distanzierte sich vom pluralistischen und parlamentarischen Kräftespiel. Er setzte weder auf die Partei (deren Vorsitz er widerwillig kurz vor seinem Sturz übernommen hatte) noch auf die Fraktion. Von daher war nach dem Verhältnis zu und zwischen diesen beiden nicht ernstlich zu fragen. Die Distanz zu beiden wesentlichen Machtfaktoren unterhöhlte logisch auch den dritten: das Regierungsamt.

Jedenfalls gab es hinsichtlich der Bestrebungen, Adenauer wie Erhard zu stürzen, letztlich keine Differenz zwischen Partei und Fraktion. Das Ergebnis war dann aber durch die Große Koalition 1964 bis 1969 eine Schwächung aller drei zentralen Machtfaktoren für die Union, weil sich mit der SPD als starkem Regierungspartner zugleich eine äußerst herausfordernde Konkurrenz- und Kooperationsqualität etablierte. Am Ende schwächte sich für die Partei und die Fraktion nicht nur ihr Einfluss auf die Regierungsmacht. Er ging 1969 überhaupt verloren, als die Union aus der Regierung ausschied und erstmals SPD und FDP eine Koalition auf Bundesebene eingingen.

2. Parteiendemokratischer Wandel

Die Selbstverständlichkeit dominanter Regierungsmacht war schon in der Großen Koalition dahin. In dieser Phase begann der Abschied von der alten Milieu- und Honoratiorenpartei, den Rainer Barzel über eine Professionalisierung der Fraktion als eigenständiges bundespolitisches Machtzentrum zu erreichen versuchte, damit jedoch auf den Widerstand des föderalen Bundesvorstands stieß. Es ging aber um den Umbruch von der Honoratioren- zur Mitgliederpartei mit einem eigenwilligeren Selbstverständnis gegenüber Regierung und Fraktion. Beim Parteitag zum „Berliner Programm“ 1968 positionierte sich die CDU beiden gegenüber als maßgebliches Entscheidungszentrum. Der „Reformzauber“ strebte programmatisch nach Anschluss an den gesellschaftlichen Wandel. Vom „68“ in der CDU sprachen Historiker, von einer jungen Generation stimmführender Berufspolitiker die Medien, von erheblich mehr Mitgliedern die Zahlen. Davon, dass diese Mitglieder gehört und eingebunden werden müssten, sprach der Generalsekretär.

Tatsächlich vorangetrieben wurde dann dieser Umbruch durch den neuen Parteivorsitzenden Helmut Kohl, der genau deswegen ins Amt gewählt worden war. Der Fraktion gehörte er (noch) nicht an. Seine Parole zum Amtseinstieg beim Bundesparteitag 1973 lautete: „Die Partei erzeugt die Bundestagsfraktion, nicht umgekehrt.“⁴⁶ Im Gegensatz dazu reklamierte 30 Jahre später, am Jahresbeginn 2003, die ebenso neu (und im Konflikt mit Friedrich Merz) zum Fraktionsvorsitz gekommene und dort nach unbestrittener Solidarität und Macht strebende Angela Merkel in einem Schreiben an die Abgeordneten, die Fraktion wolle nun „der Motor der umfassenden notwendigen Veränderungen sein.“⁴⁷ Die endgültige Ankunft in der Parteiendemokratie wurde hier sichtbar: Das aktuelle (macht-)positionelle Sein bestimmte das politische Bewusstsein; dieses blieb aber offen für weitere stärkende Arrangements, wie beide, wenn auch in unterschiedlichen Ausgangspositionen, durch ihr Streben nach der Vereinigung beider Ämter in ihrer Hand gezeigt hatten.

Kohls frühe Reformdynamik sollte seine Position gegenüber der Fraktion stützen. Doch nicht von ihr, sondern vom Parteivorstand ließ er sich dann 1975 zum Kanzlerkandidaten küren – ohne Einbindung der Fraktion (und der CSU). Die Konsequenz: Entfremdung. Nach seinem glänzenden, aber vergeblichen Wahlsieg nahe an der absoluten Mehrheit 1976 erhielt er zwar den Vorsitz, aber nicht die ungebrochene Solidarität der Fraktion, obgleich die Partei durch programmatische Innovationen und Alternativen angesichts der wirtschafts- und sozialpolitischen Angriffsflächen der sozialliberalen Koalition an Zustimmung als „Regierung von morgen“ gewonnen hatte: das Optimum für eine Opposition, das sich eben in 48,6 Prozent der Wählerstimmen niederschlug. Da es nicht gelang, die Koali-

tion zu brechen und die Regierung zu übernehmen, kam es zum legendären Beschluss der CSU-Landesgruppe in Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft aufzulösen. Er war im Grunde mäßig begründet, vor Ort und in der CSU selbst umstritten und hatte nicht lange Bestand. Kohls souveräne Reaktion, einen eigenen Einmarsch in Bayern anzudeuten, wies quasi auf eine existenzielle Hierarchie der Macht in Partei und Fraktion hin.

Nicht ganz so weit ging der Streit um die Kanzlerkandidatur 1979/80, als Kohl erneut, diesmal nicht sich selbst, sondern einen Kandidaten seiner Wahl an der Fraktion und an der CSU vorbei von der Partei nominieren lassen wollte. Hier entmächtigte die Fraktionsmehrheit mit einem Schlag den Fraktions- und Parteivorsitzenden der CDU: Sie nominierte Strauß, dessen Niederlage ihn dann als Rivalen ausschaltete. In der Folge eröffnete sie Kohl nach dem von ihm selbst mit vorbereiteten Ausscheiden der FDP aus der sozialliberalen Regierung durch ein konstruktives Misstrauensvotum 1982 zuerst den Weg ins Kanzleramt und dann nach der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 sogar zum Wahlsieg. Gleichwohl waren nach wie vor Gegenkräfte und Gegenpole bis hin zu prominenten Intrigen und Putschversuchen – genannt seien hier Kurt Biedenkopf, Heiner Geißler, Rita Süßmuth und Lothar Späth – vorhanden. Anscheinend sind die Entfaltungsfreiheiten in Partei und Fraktion wie auch zwischen ihnen relativ groß geblieben.

Bindeglied zur Stimmung der Parteibasis sind immer die Abgeordneten. Deren ziemlich lautes allwöchentliches Klagelied apostrophierte zu Beginn der 1990er Jahre ein interessantes Themenfeld, das an aktuelle Fragestellungen erinnert: Asyl, Paragraph 218, Pflegeversicherung, Entindustrialisierung, Arbeitsmarkt, psychologische

Misere in den neuen Bundesländern. Nachhaltige Antworten erfuhr die Parteibasis nicht. Einerseits pflegte Kohl in Partei, Fraktion und Koalition moderierend und konsensorientiert zu führen, um jenseits der Flügelbildungen Alternativen und Kompromisschancen auszuloten. Manchen galt das als Führungsschwäche. Andererseits agierte er hart, verweigerte zum Beispiel der Fraktion jeden Einfluss auf den Koalitionsvertrag 1983 (gegen den Protest Norbert Lammerts). Doch deutlicher als zuvor wurde in dieser Konstellation, dass die Führung in ein plurales und diffiziles Geflecht von Kommunikation und Konkurrenz eingebettet war, das institutionelle Ordnungen durchfaserte. Nicht Ämter schafften letztlich Gestaltungskraft, sondern die Beherrschung dieses Geflechts – wenigstens im demokratischen Parlamentarismus. Anders und unvermeidlich waren die 329 Tage des Weges vom Mauerfall zur deutschen Einheit geprägt von Stil und Regierungstechnik einer Kanzlerdemokratie. Kohl hat dieses Verfahren an sich gezogen und beherrscht – aber natürlich auch nicht allein gestaltet.

Ähnliches galt für Angela Merkel in der Situation der Europäischen Schulden- und Finanzkrisen, speziell während der drohenden Gefährdung der Währungsunion, in der sie mit der Formulierung „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ eine gewisse Aktionsfreiheit in Anspruch nahm. Ihr grundsätzlich einen „autoritären machtpolitischen Führungsstil“⁴⁸ vorzuzuhalten, erscheint nicht recht nachvollziehbar, pflegte sie doch eher einen moderierenden Führungsstil, der Polarisierung und Konflikte vermied. Allerdings schränkte die zunehmend beschworene „Alternativlosigkeit“ tatsächlich Spielräume von Mitspielern ein. Und die von ihr angestrebte „Übereinstimmung mit einer allgemeinen Meinungsmehrheit“⁴⁹ reduzierte das Profil

der Partei. Die Parteibasis hingegen verteidigte dieses. Sie erhielt aus der Fraktion positive Antworten, nicht aber von ihrer Parteivorsitzenden.

Hier in knappster Zeit den Vorgängen nach dem Ende der Ära Kohl gerecht zu werden, ist nicht möglich. Ich reduziere sie auf das Wesentliche: So wurde die CSU im Chaos der CDU-Parteispendenaffäre zur Speerspitze der Opposition. Kompetenz und Stabilität der Unionsparteien verhielten sich umgekehrt proportional zu ihrer Größe. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber galt im Spannungsfeld zwischen Friedrich Merz und Angela Merkel vielfach als eigentlicher Oppositionsführer, ohne diese Rolle wirklich konsequent auszuüben. Zwischen beiden Parteien gab es eine dichte Koordination, die mit regelmäßigen Strategiegipfeln sogar institutionalisiert wurde. Bayerische Disziplin prägte sich heraus, um die schwierige Lage der CDU um keinen Preis zu verschärfen. Deren Restabilisierung lag im eigenen Machtinteresse. In dieser Situation kam es auch zum „Wolfratshausener Frühstück“ und zum Angebot der Kanzlerkandidatur an Stoiber. Dieser wiederum stützte dann die Parteivorsitzende Merkel bei der Verdrängung von Merz vom Fraktionsvorsitz. Es etablierte sich ein Vertrauensverhältnis zwischen beiden.

Im Chaos der Flüchtlingskrise eineinhalb Jahrzehnte später wurde die CSU hingegen zur Speerspitze der Kritik an der Kanzlerin und sprach dabei sowohl für die Kritiker aus ihrer eigenen Partei als auch für die gemeinsame Fraktion. Diese stellte sich im Oktober 2015 an die Seite der Bayern. Unterschriftensammlungen gegen Merkel kamen von Bundes- und Landesparlamentariern aus allen Regionen. Horst Seehofer blamierte die Kanzlerin wenig anständig auf dem Münchner Parteitag. 2018 ging er als

Bundesinnenminister unter bitteren Vorwürfen bis an die Grenzen der Spaltung der Fraktionsgemeinschaft und der Sprengung der Regierung. Die Kritik aus Bevölkerung und Partei am Kurs der Kanzlerin spiegelte sich auch in Widersprüchen der Fraktion zur Verschärfung der Klimaziele und zur Griechenlandhilfe. Bei der Abstimmung zum dritten Hilfspaket stimmten im Juli 2015 60 Abgeordnete der Unionsfraktion mit Nein. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder wollte sie bestrafen, indem er sie aus ihren Ausschüssen abzog – eine absurde Idee, die die Freiheit des Abgeordneten verleugnete. Weil er nur der Kanzlerin den Rücken freihielt, die Fraktion selbst aber nicht zu Wort und zu mitentscheidendem Einfluss kommen ließ, wählte die Mehrheit ihrer Mitglieder gegen den Willen der Parteispitzen den Fraktionsvorsitzenden ab. Sie trafen damit zwar Kauder, nicht zuletzt aber Merkel, die eine ihrer wichtigsten Stützen verlor. Ihre Macht bröckelte.

Die Fraktion hat schließlich nicht nur ihre eigene Rolle im Machtdreieck ins Auge gefasst. Sie hat auch aus dem bereits langanhaltenden Unwillen der Parteibasis (an dem auch die zu seiner Bekämpfung Jahre zuvor abgehaltenen Regionalkonferenzen nichts zu ändern vermochten) die Konsequenzen gezogen. Während unter Kohl kein Ortsvorsitzender davor gefeiert war, ohne Vorwarnung am Telefon vom Parteivorsitzenden nach seinen Befindlichkeiten gefragt zu werden, prägten nun der Unwille über ihren Führungsstil, Kommunikationsdefizite sowie das Gefühl, nicht einbezogen zu sein, das Verhältnis zwischen Fraktion und Kanzlerin.

Mit dem Hinweis darauf, dass das Thema sich nicht auf die Fraktions- und Parteienoligarchie eingrenzen lässt, breche ich ab. Auch die Turbulenzen der Neuorientierung nach 2018 und um die Bundestagswahl 2021

gehören nicht unbedingt zum Thema, das ja nicht heißt: Wie sehr kann die Fraktion unter der Partei – oder den Parteien – leiden? Im Kern haben diese Turbulenzen dazu beigetragen, aus der Regierungsfraktion eine Oppositionsfraktion zu machen, wobei es auch diesmal einen bayerischen Eigenbeitrag gab. Denn Anfang Juli 2021 lobte Söder angesichts positiver Umfragewerte „die sehr gute Performance unseres Kanzlerkandidaten“.¹⁰ Kurz darauf war davon nach den Ereignissen im Ahrtal angesichts veränderter Datenlage keine Rede mehr.

Gleichwohl weisen die Turbulenzen auf die Bedeutung des personellen Faktors für unser Thema hin: Welches Rollenverständnis charakterisiert die jeweiligen Akteure? Wie erweitern oder beschränken sich die Spielräume je nach Position als Regierungs- oder Oppositionsfraktion? Nicht zu übersehen: Eine kleine Spitzengruppe in Parteispitze und Fraktionsführung bespielt immer zugleich die beiden Bühnen Partei und Fraktion. „Somit fließen auch Parteigeschichte und Fraktionsgeschichte zusammen.“¹¹ Die Machtbasis der Fraktion sind die Abgeordneten, die in ihren politischen Regionen und Landesparteien verwurzelt sind. Der Machtfaktor Fraktion bildet sich offensichtlich stets situativ und kommunikativ, aber doch keineswegs ohne wesentlichen Einfluss der Partei und ihrer Basis.

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach: Schwarz, Hans-Peter: „Für mich ist das Fegefeuer, wenn ich in die Fraktion muß.“ Die CDU/CSU-Fraktion in der Ära Adenauer, 1949–1963, in: Ders. (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 9–37, hier S. 10.
- 2 So Heinrich von Brentano 1951 an Bundeskanzler Konrad Adenauer, in: Baring, Arnulf (Hg.): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 65 f.
- 3 Bundesvorstandssitzung vom 16. September 1959, hier zitiert nach: Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1962, Stuttgart 1993, S. 204.
- 4 Meyers, Franz: Führungs- und Organisationsprobleme der Bundespartei. Parteiinterne Ausarbeitung vom 24. Juli 1959, hier zitiert nach: Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 42.
- 5 Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 4. Wahlperiode, 90. Sitzung vom 18. Oktober 1963, S. 4199.
- 6 Zitiert nach: Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 166.
- 7 Zitiert nach: Merkel setzt der Union „Leuchfeuer“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Januar 2003, S. 4.
- 8 Bolz, Norbert: Merzels Erfolgsgeheimnis. Über den autoritären machtpolitischen Stil der Kanzlerin, in: Plickert, Philip (Hg.): Merkel. Eine kritische Bilanz, München 2017, S. 18–26.
- 9 Rödder, Andreas: Opposition und Regierungsverantwortung unter Schäuble und Merkel, in: Lammert, Norbert (Hg.): Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen, Darmstadt 2022, S. 206–193, hier S. 203.

10 Herrmann, Boris: Politiker, die auf Zahlen starren, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Juli 2021, S. 3.

11 Schwarz, Hans-Peter: Turbulenzen: die zweite Oppositionszeit, 1998–2005, in: Ders. (Hg.): Fraktion als Machtfaktor, S. 201–226, hier S. 203.

Weiterführende Literatur

- Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002.
- Höpfinger, Renate (Hg.): 75 „Enthüllungen über eine Partei“. Was Sie über die CSU wissen sollten, München 2020.
- Lammert, Norbert (Hg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, München 2020.
- Mintzel, Alf: Die Rolle der CSU-Landesgruppe im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Studien, Sonderheft 1/1989, S. 113–134.
- Oberreuter, Heinrich: Fraktionsführung in parlamentarischer Prägezeit, in: Kauder, Volker (Hg.): Die Fraktion. Machtzentrum und Fegefeuer. Politische und parlamentarische Erinnerungen für Peter Struck, Bonn 2018, S. 90–108.
- Schönbohm, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 7), Stuttgart 1985.